Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1867**
16. Wahlperiode 20. 06. 2006

Änderungsantrag

der Abgeordneten Kornelia Möller, Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/750, 16/1311, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006)

hier: Einzelplan 11 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 11 12 wird der Titel 686 51 – Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – um 250 Mio. Euro auf 253,5 Mio. Euro aufgestockt. Die zusätzlichen Mittel werden für Modellprojekte des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors vorgesehen.

Berlin, den 19. Juni 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Angesichts einer strukturell verfestigten Massenarbeitslosigkeit sind Bedeutung und Notwendigkeit eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sehr hoch. Für Gruppen, die momentan nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sind, ist die Implementierung eines zweiten Arbeitsmarkts zwischen Staat und Markt eine Alternative. Für die Menschen bedeutet dies eine Beschäftigungsperspektive, die zugleich gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten (Umwelt, Kultur, Sport, Soziales) strukturell ermöglichen kann. Diese öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten müssen sozialver-

sicherungspflichtig sein und tariflichen Standards entsprechen. Ein solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor unterscheidet sich vom bisherigen kurzatmigen zweiten Arbeitsmarkt auch insofern, dass längerfristige Beschäftigungsmöglichkeiten zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt werden müssen, die sich an längerfristigen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren.

Für Modellprojekte eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sind im Haushalt bisher keine ausreichenden Mittel vorgesehen, weswegen DIE LINKE. eine Aufstockung des Titels zur Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 250 Mio. Euro fordert, die ausschließlich für entsprechende Modellprojekte (nicht Einzelmaßnahmen, sondern Projektförderungen) zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2005 wurden von den 6,5 Mrd. Euro, die für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Rechtskreis SGB II) zur Verfügung standen, lediglich 3,7 Mrd. Euro ausgeschöpft. Aufgrund der Möglichkeit, einen Anteil der nicht genutzten Eingliederungsmittel zusätzlich in den Haushalt des Jahres 2006 zu überführen, können der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusätzlich 1 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Davon sollen 250 Mio. Euro für Projekte öffentlich geförderter Beschäftigung genutzt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333